

Saale-Beitung.

Sechshundertziger Jahrgang.

Bezugspreis... Herr Halle überläßt bei postmäßiger Anfertigung 2 50 M. ...

Anzeigen werden die 6 gelinnete Kolonnen... werden den Raum mit 30 Pfg. ...

Nr. 141.

Halle a. S., Sonnabend, den 23. März.

1912.

Eine harte Nuß.

Halle, 23. März 1912.

Aus den Zahlen, die die „Norddeutsche Allgem. Zit.“ gestern abend in die Wehrvorlage — so, wie sie bis zur Stunde ohne die Sanftionierung des Bundesrates aussieht — eingeschlossen hat, geht hervor, daß die von der Regierung geforderten Neuaufwendungen bis 1914 für Heer und Flotte 338 Millionen Mark betragen; dazu kommen noch außerdem 43 Millionen Mark für die Seewehr. Um den richtigen Gradmesser für die Größe des Geforderten zu bekommen, wird es notwendig sein, die gegenwärtige Stärke von Heer und Flotte mit dem in Aussicht genommenen Meßstab zu vergleichen.

Nach dem Etat für 1911 beträgt die Friedenspräsenzstärke 507 253 Mann und 86 453 Unteroffiziere, 25 560 Offiziere, 3049 Ärzte, 2325 Zahnmeister, 491 Musikmeister und 1254 Waffenmeister. Das Personal der Flotte umfaßt 3003 Offiziere und 61 091 Mannschaften. Nach der neuen Wehrvorlage soll die Friedenspräsenzstärke des Heeres fortan betragen 536 000 Mann; die Flotte soll von 61 091 auf 62 700 Mann gebracht werden.

Man sieht, der Löwenanteil der geforderten Aufwendungen fällt der Armee zu: 82 Millionen Mark werden von ihr allein für 1912 in Anspruch genommen, nur 15 Millionen Mark sind in dem gleichen Zeitraum für die Marine vorgesehen; in ähnlichem Verhältnis steigern sich die Ausgaben bis 1916.

Maßgebend für die Bevorzugung des Landheeres war in erster Linie die inzwischen erfolgte Annahme des französischen Cadregesetzes, das eine Verstärkung unserer Mannschaften in der Armee naturnotwendig folgen mußte. Maßgebend für die Stärkung unserer Armee mußte ferner der von den Sachverständigen (ohne Ausnahme) geteilte Standpunkt sein, daß das Schicksal eines kommenden Krieges von der Landmacht Deutschlands entschieden wird. Nur an der französischen Grenze kann der entscheidende Schlag geführt werden und um zu diesem Schlag mit hinreichender Kraft ausfallen zu können, bedurfte es vor allem einer Vervollkommnung unserer Infanteriemannschaften, bei denen die in Aussicht genommenen Maschinengewehrkompanien, die den Angriff wirksamer vorbereiten und plötzliche Stöße energischer parieren, eine bedeutungsvolle Rolle zu spielen berufen sein werden.

An massendienfähigen Mannschaften fehlt es bei uns nicht. Wir brauchen unsere Forderungen an die Körperbeschaffenheit der zur Aushebung kommenden jungen Leute deshalb nicht einmal herabzusetzen. Und an jungen Leuten, die gegen den Königs-Ruf tragen ist — das beweisen die betrübten Gesichter der bei den Musterungen „unbrauchbar“ Befundenen und die Bereitwilligkeit, mit welcher Freiwillige sich für die Kämpfe in Deutsch-Südwest und in S. t. in China melden — Gottlob, kein Mangel. Die Sehnsucht nach Beteiligung im bunten Rode liegt bei den Deutschen im Blut, daran werden auch die Verheerungen und das Gefasel von der „Verbrüderung der Völker“ nichts ändern.

Die Wehrforderungen für die Marine sind sehr bescheiden ausgefallen. Man hätte ungeheuer „mehr“ gerechnet und ist augenblicklich enttäuscht, daß die Regierung den Phantastereien und unseligen Flottenwärmern einen Riegel vorwarf! Die Marineverwaltung war sich der Verantwortung bewußt als sie die Kardinalforderung aufstellte: Die Schaffung eines dritten Geschwaders, den allmählichen Neubau von drei U-Booten, vier großen und vier kleinen Kreuzern, sowie eine Vermehrung der Unterboote und die Beschaffung einiger Luftschiffe. Diejenigen Unterboote, welche heute noch ohne Organisation sind, sollen bezüglich der Personalbeschaffung nach Art der Torpedoboote zusammengestellt werden.

Wenn sich Admiral von Tirpitz nicht von den Romantizern verleiten ließ, die in dem Unterseeboot die alleinige und wirksamste Waffe in Seekämpfen sahen und die phantastisch ausmalten, wie große Schlachtschiffe von den Torpedos der Unterboote — so ähnlich wie Holzkäse von dem Sägehai — angebohrt und lamppfänglich gemacht wurden, — so stehen ihm dabei die Erfahrungen des letzten russisch-japanischen Seekrieges zur Seite, in denen auch nicht ein einziges Mal ein Unterseeboot eine wirklich bedeutungsvolle Entscheidung herbeiführen imstande war. Die Technik ist hier ebensowenig wie bei den Luftkrazern heute schon auf jenem non plus ultra angelangt, das bei allen Bauten die allentwege Basis zu bilden hat. Freudig zu begrüßen ist im Interesse unseres Küstenlandes, als ihm bisher zuteil geworden, daß die deutsche Marineverwaltung aus den Vorgängen im letzten Herbst und aus den damaligen Drohungen der englischen Admiralität profitierte: Ein drittes aktives Geschwader kann zukünftig in die Besefspränge, wenn die Kretzvermannschaften im Herbst entlassen werden.

Diese Neuformierung ist das wichtigste der gesamten Forderungen; ihre energische und schnelle Durchführung bedeutet die Kräftigung unseres Lebensnervs!

Die Erhöhung der Mannschafstärken (wahrscheinlich auf 30 Pfg. pro Tag) ist eine alte liberale Forderung! Die jetzige Lösung bedeutet bei den gesteigerten Ansprüchen, denen sich niemand, auch der einfachste Soldat nicht zu entziehen vermag, und bei der Lebens- und Genußmittelverteilung kaum ein Trübsal; ein Trübsal, das in dem Lande der allgemeinen Wehrpflicht doch etwas reichlicher ausfallen sollte.

Wir geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Freistellung des Wehrvorlage, die in der gefährdeten genanten Lage des Deutschen Reiches und in dem gegenwärtigen Stadium der Hochspannung, die nur ein grenzenloser Optimist leugnen kann, ihre Begründung findet, mit dem Maße von Objektivität gegenüber tritt, die die Entschuldigungen des freihetlich und national gesinnten Bürgertums von jeher ausgezeichnete. Ein französischer Schriftsteller hat einst Freuchen das „klassische Land der Schulen und Kaminen“ genannt — wir akzeptieren diese Benennung gern, denn beide: die Schule und der Soldat, haben Preußen-Deutschland zu neuer Großmachstellung verholfen, die es heute einnimmt. Zudem meinen wir, daß die für ein starkes Heer aufgewendete Kapitalanlage sich stets als die beste — Veranschauliche — erwiesen hat.

Mögen über die Deutungfrage, die aufzunehmender und scharfer Prüfung bedarf, auch die Meinungen auseinandringen; über die Notwendigkeit der neuen Rüstung sind wir einig, sie ist eine harte Nuß, die aber geknackt werden muß!

Deutsches Reich.

Der Verzicht auf die Uniform.

Zum Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Kaiser.

S. u. H. Berlin, den 22. März.

Der Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Kaiser ist, wie die „Deutsche Journalist“ erzählt, unter Begleitumständen erfolgt, die eines feierlichen Begrüßungs nicht entbehren. Der erste Vizepräsident des Reichstages, Geheimrat Paasche, der in seinem Militärverhältnis Mittelmeister d. L. II, hatte wenige Tage vor dem Empfang seinem zuständigen Bezirkskommando mitgeteilt, daß er auf das Recht zum Tragen der Uniform verzichte. Diefem Antrage ist aber nicht entsprochen worden, sondern Geheimrat Paasche wurde aufgefordert, ein Gesuch an den Kaiser einzurichten, und in diesem die Bitte auszusprechen, daß sein Name in der Liste der Landwehroffiziere, denen das Recht zum Uniformtragen zusteht, gestrichen werde. Ueber die Rechtslage in diesem Falle, der er gemäßen an die Stelle des Obersten a. D. Hügel in Dortmund erinnert, bei dem das Militärkabinett als oberste Instanz in Frage kommt, wird nun der genannten Korrespondenz von sachverständiger Seite folgendes geschrieben:

Für den Verzicht der Offiziere a. D. auf das Recht, die Uniform zu tragen, ist lediglich die von der Militärverwaltung akzeptierte Entscheidung des Kammergerichts im Göttinger-Prozess maßgebend. Derselbe kann der Offizier a. D. auf das Recht verzichten und dieser einseitige Verzicht genügt, um ihn endgültig von dem Recht zu befreien, es also bar dazu nicht der Zustimmung des Königs. Hat er aber an zuständiger Stelle — im vorliegenden Falle dem Bezirkskommandeur — den Verzicht ausgesprochen, so ist er damit von dem Recht, die Uniform zu tragen, und der hiermit verbundenen Pflichten, dem Kaiser-Königreich zu leisten, befreit. Nach Auspruch des Bezirkes unterliegt er also dem Militärkabinett in keiner Weise mehr. Gestrichen die ihm demnach nach dem Verzicht Befehle, so geschieht das unbefugt, und diese Befehle müssen als Unbefehle angesehen werden. Ihnen Folge zu geben, ist der Offizier, der auf die Uniform verzichtet hat, nicht verpflichtet. Die Forderung des Bezirkskommandeurs, nach dem Verzicht noch ein besonderes Gesuch einzureichen, geschieht daher unbefugt und war durchaus nicht korrekt. Geradezu unverständlich ist es aber, daß in dem Gesuch die Bitte um Streichung aus den Listen der in Frage stehenden Kategorie von Offizieren ausgesprochen werden soll. Hatte der betreffende Reichstagsabgeordnete auf die Uniform verzichtet, so war er aus der Kategorie der Offiziere, welche das Recht zum Tragen der Uniform haben, ausgeschlossen und es war eine selbstverständliche Pflicht der betreffenden Militärbehörden, ihn aus der Liste dieser Offiziere zu streichen. Diefes geschieht auch regelmäßig. Eine Veranlassung zu einer solchen Bitte bestand für ihn daher ebensowenig wie er überhaupt noch Interesse an richtiger Führung der Liste haben kann. Nicht unbedeutend läßt aber die Forderung des Bezirkskommandeurs den Schluß zu — zumal das Gesuch an den König gehen sollte —, daß die Militärbehörden die durch das Kammergericht geschaffene durchaus klare Situation immer noch nicht erkannt haben und nach wie vor, entgegen der Kammergerichtsentscheidung, dem Verzicht seine volle Gültigkeit nicht glauben zuerkennen zu dürfen, diefe vielmehr von der Genehmigung des Königs abhängig machen wollen.

Nachklänge zu Wermuths Abschied.

M. p. Die Erbschaftsteuer ist — wie die „Mil-pol. Korrespondenz“ von unrichtiger Seite hört — in der Konferenz der bundesstaatlichen Minister nicht an der grundsätzlichen Abneigung gegen die Steuer selbst gescheitert, sondern einmal, weil die Form, die ihr der frühere Reichsfinanzminister gegeben

hatte, verfassungsrechtliche Bedenken (!) erregte — man fürchtete, daß sie zu einer finanzpolitischen Mediatisierung der Einzelstaaten führen könne — und zweitens, weil die Erbschaftsteuer in anderer Fassung, der Höhepunkt einer für — später als erforderlich angesehenen Revision der Reichsfinanzreform von 1909 werden dürfte.

Daß Herr Wermuth so ganz ohne äußere Auszeichnung oder Anerkennung für seine Tätigkeit aus dem Amte geschieden ist, wird, wie zuverlässig verlautet, darauf zurückgeführt, daß der Kaiser über den jähren Widerstand, den Herr Wermuth dem Wehrvorlagen und vor allem dem von Kaiser besonders befristeten Lotterienplänen entgegenetzte, sehr aufgebracht gewesen sein soll, zumal der Reichsfinanzminister eine ablehnende Haltung auch dann noch nicht aufgab, als er erfuhr, daß sich der Kaiser persönlich hart für die Wehrvorlagen einsetzte. — Sehr gut!

Reichstagsmandatwechsel in Hannover?

SS in parlamentarischem Kreise ist ein Gerücht verbreitet gewesen, wonach von nationalliberaler Seite dem Reichsfinanzminister a. D. Wermuth ein Mandat im Reichstagen seiner Heimatprovinz Hannover angeboten werden sollte, das angeblich bald durch die fortwährende Erkrankung des gegenwärtigen Abgeordneten und seinen Austritt aus dem öffentlichen Leben frei wird. Nach Erkundigungen unseres Mitarbeiters an einer Stelle, die als unrichtig erachtet darf, ist das Gerücht, soweit es Herrn Wermuth angeht, grundlos. Dagegen scheint es mit dem Wermuth in absehbarer Zeit seine Richtigkeit zu haben. Es ist köstlich, wie es heißt, jedoch bereits der frühere Annaburger Abgeordnete Dr. Stresemann in Aussicht genommen, der eben aus diesem Grund jähren soll, die ihm angebotene letzte Stellung im Hanlabunde anzunehmen.

Dresden, 22. März. Am Schluß der Sitzung der Zweiten Kammer erklärte gestern der Finanzminister Dr. von Seubert, die sächsische Regierung habe sich für die Erbschaftsteuer entschieden. Nach eingehender Beratung in der Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister habe sich die sächsische Regierung jedoch dem Bedenken nicht verschließen können, daß der jetzige Augenblick für die Einbringung einer Erbschaftsteuer nicht zeitgemäß sei. Die Regierung habe daher für den Wegfall der „Viebesgabe“ gestimmt. (Anf.: 1/2 doch unmaßfassen!) — Die Kammer hat 12 1/2 Millionen für den Bau von Lokomotiven und Bahnhöfen bewilligt.

Mus Schließen. Die Sozialistenschiffe, denen die Kriegserneuerung unterworfen sind, scheint man auch auf die Turnvereine ausdehnen zu wollen. Als dieser Tage der Wulfsgebirgs-Turngau seinen 50. Gantag in Viebau abhielt, wurde im Laufe der Verhandlungen unter allseitigem Erkennen von den Delegierten eines Vereins die Mitteilung gemacht, daß ein Umstürzler den dortigen Verein aufgeföhrt habe, diejenigen Mitglieder auszuschließen, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind; sonst werde kein Staatsbürger für die Jugendpflege gewählt werden. Zu diesem Vorgehen des Amtsvorsethers wurde dem „Boten a. d. Riefengebirge“ zufolge einstimmig von allen Rednern erklärt, daß nach dem Grundgesetz der deutschen Turnerschaft jede politische und religiöse Betätigung in den Turnvereinen ausgeschlossen sei. Die Turnvereine hätten sich daher nicht daran zu kümmern, welchen Vereinen oder Organisationen ihre Mitglieder sonst noch angehören. Wenn man die Mitglieder innerhalb des Turnereines irgend welche politische Agitation treiben wollten, müßte der Turnverein einschreiten.

Brasilien und die deutschen Heeresinstruktoren.

Gegegen den Plan des brasilianischen Kriegsministeriums, eine deutsche Militärmission mit der Neubildung der Heeresverhältnisse und der Erziehung einer neuzeitlichen Armee zu betrauen, wird in Rio de Janeiro auch weiterhin hart gemacht. So hat sich der Senator Aguedo wie folgt ausgesprochen:

„Neben sollte man Franzosen nehmen! Frankreich hat große Fortschritte auf militärischem Gebiete gemacht. Seine Beherrschung der Domäne des Krieges ist außerordentlich wie ich mich selbst überzeugen konnte. Außerdem hat Frankreich keine solchen Expansionsschritte wie Deutschland, und die haarscharfe Erziehung seiner Bevölkerung, der Rasse wie dem Element nach, gibt zu Bedenken wegen irgend welcher Missionen auf Gebietsvermehrungen in Südamerika keinen Anlaß. Das brasilianische Volk kann von den Deutschen nichts lernen. Vielleicht mag das für französische Lehrer anders sein. Der Germane ist maßvoll und durchdrungen von dem Begriffe des Gehorsams, ja der Untertänigkeit, eine Auffassung, die der freie Brasilianer nicht dulden kann. Unsere Soldaten würden sich niemals deutschen Lehrern ohne den Versuch der Auflehnung fügen. Dagegen würden französische Instruktionsoffiziere ihnen willkommen sein, da ihre Art besser zu der unseren paßt. Kommen deutsche Lehrer, so sehe ich für das Vaterland sicheres Unglück voraus. Man braucht nur die Wasserstände anzuschauen, die bei uns angehoben sind, um zu erkennen, daß beim ersten diplomatischen Bruch zwischen Rio und Berlin, Deutschland sofort in Brasilien über ein Heer von 50 000 Mann verfügen wird, die meist Deutscher sind, mindestens aber den panzermanischen Gedanken besitzen.“

Daß unsere nach Brasilien gehenden Offiziere es dort nicht leicht haben würden, war den verantwortlichen Stellen in Berlin längst und auch ohne die reichlich angereichte



(Kampfsinnliche) Frankophobie liegt des Senators Agenebo bekannt. Brasilianer sind keine Argentinier oder Chilener! Es würde ein schweres Stück Arbeit und Gebührende für unsere deutschen Stabsoffiziere, Hauptleute und Leutnants bedeuten, wollten sie aus dem, was zu befehligen in sich fühlenden bestehenden Kollektive Goldaten zu machen versuchen.

Parlamentarisches.

Kamerun und Logo in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern die Beratung des Etats für Kamerun fort. Aus Anlaß der starken Erhöhung der Wabergerechtheiter wurde vor einer kritischen Ausstellung von Wabergerechtheiten an junge, noch unerfahrene Leute gewarnt, weil hier vielfach die Quelle von Unruhen liegt; der Staatssekretär erklärte jedoch, daß es sich hier fast ausschließlich um die Wabergerechtheiten für Nordgambia handle. Es wurde weiter im Hinblick auf den schlechten Gesundheitszustand der Kameruner Eingeborenen eine größere Erhöhung der Brantweinsteuer durch Jollerhöhung gefordert. Der Staatssekretär entgegnete, daß es sich hierbei um eine international Frage handle. Auf der von Deutschland und England angetragenen Brüssel Konferenz sei Deutschland mit anderen Mächten für eine Erhöhung des Brantweinzolles auf 1,50 Mark den Liter und für Schaffung einer Zone eingetreten, in die überhaupt kein Brantwein eingeführt werden dürfe; diese Bestrebungen seien aber am Libanon und Frankreich gescheitert. Frankreich habe auch die Waffenkonvention getündigt. Das Kolonialamt sei durchaus entschlossen, den Konsum von Brantwein mit allen Mitteln einzuschränken. Der Staatssekretär nahm darauf Bezug, daß er als Gouverneur von Samoa den Brantweinkonsum den Eingeborenen überhaupt verboten habe. Die Kommission beschloß eine Resolution, worin die Verwaltung aufgefordert wird, den Konsum von Spirituosen in den Schutzgebieten durch Erhöhung der Zölle und Beschränkung der Lizenzen einzuschränken.

Die Kommission ging dann zur Beratung des Etats für Logo über. Konkreter im Zentrum wünschten die Defnung des Nordens für die Missionsgesellschaften, mit Abgrenzung von Gebieten für die beiden in Betracht kommenden Gesellschaften. Es sei das notwendig gegenüber dem unheimlichen Vordringen des Mohammedanismus. Der Vertreter der Sozialdemokraten meinte, die Ueberlegenheit des Mohammedanismus liege darin, daß seine Befehle als Kampf- und Lebensgesetze unter die Eingeborenen treten, während die christlichen Missionare als Vertreter der Sittenreform kommen. Der Mohammedanismus sei infolgedessen wertvoller als die christliche Mission, als der erste ein Gegner des Schnapponsums sei. Hiergegen wurde jedoch starker Widerspruch erhoben, unter Betonung der außerordentlichen kulturellen Leistungen der christlichen Mission und der vielfach grausamen Unterdrückung der Eingeborenen durch die mohammedanischen Kräfte (Skavenhandel usw.). Der Staatssekretär gab bekannt, daß die Defnung des Nordens von dem Ergebnis der Reise des Gouverneurs abhängt.

Die Regierung gab weiter Auskunft über die Vorgänge beim Einbruch der Landungsbrücke in Logo. Die Schäden treffen offenbar keine Schuld, da es sich um ein außerordentliches Naturereignis gehandelt habe. Auf Anfrage über die Möglichkeit der Baumvollkultur in Logo gab der Regierungsvertreter die Auskunft, daß die mangelfhafte Ernte zurückzuführen sei auf die Samenmischungen; es werde aber Vorfrage getroffen, daß wieder bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Kleine vermischte Nachrichten.

Reichstagswahl. An Stelle des Freireich von Hertling wurde im Kreis Cölsfeld Geheimrat Dr. Gerlach (Chr.) zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Disziplinverfahren. Der Kölner Rarrar Kadede, ein Freund Nathos, ist vom rheinischen Konsistorium zu einer Antwort aufgefordert worden, ob er sich als den Verfasser von Artikeln bekenne in den ev. Gemeindepapieren aus Köln. Rarrar Kadede hat die Frage bejaht. Daraufhin dürfte gegen Rarrar Kadede das Disziplinverfahren eingeleitet werden.

Entmündigung der Frau Jozelt? Nach Gerüchten in Hoffreisen hängt der gegenwärtige Aufenthalt des Königs Auguston von Sachen in Wien mit der Entmündigungsaffäre der Frau Jozelt zusammen, da zur Einleitung eines Entmündigungsverfahrens die Erlaubnis des Kaisers Franz Josef erteilt werden muß. Es wird behauptet, daß die nachgeschickte Anklage des Königs August beim Kaiser von Oesterreich-Monarch mit der Erlangung dieser Erlaubnis in Verbindung stehe.

Heer und Flotte.

Die neuen Generalstabsführer.

Die alljährliche Welterneuerung umfaßt diesmal 25 bisher beim Großen Generalstab in Berlin zur Ausbildung kommandiert gewesene Oberleutnants, die als Hauptleute in den Generalstab versetzt wurden. Von diesen gehören 4 der Garde, 15 der Linieninfanterie, 3 der Kavallerie, 2 der Artillerie, 1 den technischen Truppen an. Zwölf davon sind adelich, dreizehn vermehren das bürgerliche Element in den bevorzugten Stellungen der Armee 63 Oberleutnants sind auf ein weiteres, 56 Oberleutnants und absolvierte Kriegsakademiker des Kriegsakademie-Jahrganges 1909/11 sind für ein erstes Jahr zum Generalstab kommandiert worden. Von den letzteren tragen 39 bürgerliche Namen, 17 sind adelich.

Hot- und Personalnachrichten.

Der Empfang des Kaisers in Wien.

Wien, 23. März. Trotzdem sich Kaiser Franz Josef des wolkigen Wobefindens erfreut, hat er den Erzherzog Leopold Salvaator mit dem Empfang des Deutschen Kaisers auf dem Bahnhof beauftragt.

Als Nachfolger für den in den Augenblick freitenden Präsidenten des Kaiserlichen Patentamtes Bauh hat der Bundesrat den Vortragenden Rat im Reichamt des Innern Ge...

hemem Oberregierungsrat Kobolski dem Kaiser zur Ernennung vorgezogen.

Die Streiklage.

Ueber die Lage in den verschiedenen Streikrevieren gehen uns folgende Nachrichten zu:

Waidau, 23. März. Die Lage im Bergarbeiterstreik hat sich fast nicht verändert. Gestern abend trat der Rest der Belegschaft der Arminschächte gleichfalls in den Ausstand. Die Zahl der Streikenden hat sich um ein Geringes vermehrt.

Katowitz, 23. März. Im obersteilischen Kohlenrevier streiken bis jetzt gegen 16 000 Bergleute. Dieser wilde Streik ist bisher im allgemeinen ruhig verlaufen. Für 30. März ist eine Revierkonferenz anberaumt, in welcher die Frage eines allgemeinen Streiks erörtert werden soll.

Beuthen, 23. März. Der Ausstand auf der Königin-Luise-Grube ist beendet.

Baringshausen, 23. März. Gestern erschien auf der Bergwerksinspektion in Baringshausen im Auftrage der Ausständigen eine Abordnung und verurteilte eine Einigung mit der Werksverwaltung herbeizuführen. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Die Bergwerksinspektion ist der Ansicht, daß sie das äußerste Entgegenkommen in der Lohnfrage gezeigt hat. Gestern erhielten die Streikenden durch die Bergwerksinspektion eine Mitteilung. Die Berginspektion sieht damit die Bewegung, als beendet an. Gestern ist wieder eine Zunahme der Arbeitswilligen zu verzeichnen.

Essen, 23. März. Die Truppen verließen heute das Ausstandgebiet und lehren in ihre Kasernen zurück, ein Zeichen, daß die Bewegung im großen und ganzen erloschen ist. Die Masse der Ausständigen ist schneller und ruhiger zur Arbeit zurückgekehrt, als nach den Erfahrungen bei früheren Streiks zu hoffen war. Die aus anderen Provinzen ins Ruhrgebiet kommandierten Gendarmen und Polizeimannschaften werden noch einige Tage bleiben, bis nach den Lohnfragen wieder ganz gesicherte Verhältnisse eingetreten sind.

Leipzig, 23. März. Die Gesamtlage ist unverändert. Jedoch nehmen die Bedrohungen von Arbeitswilligen zu. Die Schutzmaßnahmen sind unzureichend. Im Teplitzer Revier fand in zwei Schächten die Betriebsaufnahme statt.

Dortmund, 23. März. Auf den 38 im Landkreis Dortmund liegenden Zechen sollten zu den drei Schächten 52 150 Mann zur Arbeit erscheinen, es sind jedoch nur 47 235 eingetroffen, der Rest von 4935 Mann wurde als krank zurückgewiesen und als entlassen bezeichnet.

Paris, 23. März. Wie das „Echo de Paris“ aus Carmaux meldet, geht in Syndikatsstreiken das Gericht von einem Generalausstand der französischen Grubenarbeiter für den 1. Mai. Die Seeleute und Dacarbeiter sollen versprochen haben, sich an der Bewegung insofern zu beteiligen, als sie sich weigern werden, fremde Kohle zu verbrennen.

Paris, 23. März. Der Streik im Becken von Angin und Denain hat abgenommen; gegen vorgezogen sind 300 Ausständige weniger. Im Bergwerksbezirk von Aniche hat die Ausständigenbewegung dagegen zugenommen; die Zahl der Streikenden betrug dort vorgezogen 1860 gegen 280 Arbeitswillige am Freitag.

London, 23. März. Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ glaubt, daß die englische Regierung den Antrag stellen wird, die Abkündigung der Minimallohnstiftung zu verzerren in der Hoffnung, daß die Grubenbesitzer und Kohlengrubenarbeiter sich bis nächsten Montag über die Frage des Minimallohns von 4 Schilling für den Erwachsenen und 2 Schilling für den jugendlichen Arbeiter einig werden. Sollte eine Verständigung nicht erzielt werden, so würde nichtsdeterminierter die Regierung keine Herabsetzung im Gehaltentwurf vornehmen. „Times“ veröffentlicht auch Telegramme über verschiedenen Korrespondenten aus den Grubenbezirken, in denen die Lage in besonders bitteren Farben geschildert wird. Ueberall herrscht die größte Not. Die Arbeitswilligen haben sehr unter dem Ausstand zu leiden.

Der Streik der böhmischen Kohlenarbeiter nimmt im Böhmer Revier immer größere Ausdehnung an. An mehreren Stellen kam es zu Gemaltheitigkeiten gegen Arbeitswillige. Trophem dürfte im Hinblick auf die baldige Beendigung des englischen und deutschen Kohlenarbeiterstreiks die Bewegung schon in den nächsten Tagen erheblich abflauen.

Ausland.

Abchluss des französisch-spanischen Marokko-Vertrages?

London, 23. März. Der Madrid Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet seinem Blatt: Persönlichen Informationen zufolge sind tatsächlich die französisch-spanischen Unterhandlungen zu einem Abschluss gelangt. Eine Verständigung zwischen beiden Mächten ist bereits erzielt worden. Es bleiben nur noch untergeordnete Punkte zu erledigen. Das Abkommen wird jedenfalls noch vor Ende des Monats unterzeichnet werden.

Die Tripolisaktion.

Paris, 23. März. „Journal“ meldet aus Genoa: Man erwartet eine energische militärische Aktion Italiens in Tripolis sofort nach Ankunft der 30 000 Mann Verstärkung, welche vorgezogen aus einem italienischen Hafen abgegangen sind. Weiter wird gemeldet, daß das italienische Geschwader bereit ist, in Aktion zu treten. Es wird keine Tätigkeit jedoch so lange hinfingehalten, bis die endgültige Antwort der Großmächte eingetroffen ist, welchen Ausgang die in Konstantinopel unternommenen Vermittlungsversuche genommen haben. Pariser Blätter halten daran fest, daß zwischen Italien und Rußland ein geheimes Verträge abgeschlossen wurde. Demgegenüber erklärt der römische Korrespondent des „Echo de Paris“, er sei in der Lage, diese Gerüchte energisch zu dementieren. Es bestehe kein Vertrag und die russischen Truppenkonzentrationen seien schon vorher ohne Verständigung mit Italien erfolgt.

Rom, 23. März. Das Blatt „Napoli Mattina“ veröffentlicht eine Mitteilung, nach der der Kriegs- und Marineminister beschloßen haben, den letzten Luftballon inskand zu legen und mit einem Dampfer nach einem Ort...

bringen zu lassen, über den vorläufig Stillstehenden beachtet wird. (Dieser leibbare Luftballon wird wahrscheinlich auf eine der Anker des Archipels gebracht und dort montiert werden. Die Neb.) Der Ballon wird bei den bevorstehenden neuen italienischen Operationen die Stürferverhältnisse und Lage des Feindes rekonstruieren.

Rom, 23. März. Der Mailänder „Secolo“ erfährt, daß heute aus Pola ein österreichisches Geschwader, bestehend aus 2 Panzern und 3 Kreuzern, nach der Levante abgeht. Das Geschwader dampft direkt nach Korinth.

Kriegsminister Aufsenberg geht.

Wien, 23. März. Wie verlautet, scheidet der Rücktritt des Kriegsministers Aufsenberg unmittelbar bevor. Als Nachfolger wird trotz bereits erfolgter Ablehnung der Feldzeugmeister Roderich genannt.

Englische Flottenbesitzplan.

(+) Nach einer Zusammenstellung, die dem britischen Parlament über die Bestrafungen in der Kriegsmarine vorgegangen ist, sind in einem Jahre 114 Kriegsgerichte gegen Matrosen und Soldaten auf hoher See, 30 an Land abgehalten worden. 68mal handelte es sich dabei um tätliche Angriffe auf Vorgesetzte. Die Gesamtzahl aller Bestrafungen belief sich auf 115 578 Eingefälle.

Wärmehäfen im Wiener Gemeinderat.

Wien, 23. März. Im gestrigen Wiener Gemeinderat regte der Sozialist Kinaroff eine Bestrafung der Straßenbahnangehörigen an. Diese Forderung wurde von 2 Sozialisten unterstützt. Im Verlauf der Debatte kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und großen Willkürigkeiten. Es mußten zwei Sozialisten und zwei andere Mitglieder von der Sitzung ausgeschlossen werden.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht.

Beleidigung eines hiesigen Stadtratsordnen.

Ein hiesiger Kaufmann B. wurde wegen Beleidigung eines Zimmer- u. Maurermeisters und Stadtratsordnen Sch. zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. B. geriet vor einigen Jahren in Kontur; die Hausführung an seinem finanziellen Zusammenbruch legte er Sch. zur Last. Er behauptete, Sch. habe für Wauten, die er für B. ausgeführt hatte, 23 000 oder doch mindestens 20 000 Mark zuviel in Rechnung gestellt, nicht ohne verächtlich, sondern bewußt. Diese ganz unerschöpfliche Forderung habe er dann unerschützlich geltend gemacht, trotzdem er voraussetzte, daß B. dadurch ruinierter werden muß. Durch die lange Dauer des Konturverfahrens leide es für B. unmöglich geworden, gegen Sch. nach auf dem Wege des Zivilprozesses vorzugehen und dessen Forderungen zurückstellen zu lassen. Deshalb erbatte B. gegen Sch. Anzeigewegen Betruges. Die Staatsanwaltschaft eröffnete auf ein Ermittlungsverfahren, stellte es aber nach einiger Zeit wieder ein. Gegen den Einstellungsbefehl erhob B. Beschwerde beim Oberstaatsanwalt, wurde aber abschlägig beschieden. Als nun Sch. zum hiesigen Stadtratsordnen gewählt wurde, riefte B. gegen seine Wahl ein Schreiben an den Oberbürgermeister. Er hielt letzteren fälschlich für die richtige Instanz. Sein Verteidiger bemerzte vor dem Schöffengericht, dieser Irrtum über den richtigen Instanzweg auf dem Verwaltungsgebiete dürfe einem Laien nicht ohne weiteres angedreht werden; Irrtümer dieser Art seien selbst unter juristisch Vorgebildeten nicht ungenügend. In dem Schreiben erhob B. gegen Sch. wiederum den Vorwurf des Betruges und erklärte ihm deshalb für unwürdig, die Vertrauensstellung eines Stadtratsordnen zu bekleiden. Am Schluß sprach er die Erwartung aus, daß der erste Bürgermeister der Stadt Halle sich nicht auf eine Want mit solchem Betrüger legen werde. Der Oberbürgermeister brachte das Schreiben zur Kenntnis Schs, der daraufhin gegen B. Privatklage wegen Beleidigung anreichte. B. bot dem Gericht den Beweis der Wahrheit für seine Anschuldigungen Schs an. Er erklärte eine Aufstellung ein, bezuglos ihm Sch. mindestens 20 000 Mark zuviel abgenommen habe; das Gericht möge die Liste durch einen Laienverständigen prüfen lassen. Auch könne er einen hiesigen Vorkaufers als Zeugen benennen, daß Sch. auf diesem einmal eine getafelte Zimmerdecke, die gar nicht geliefert ist, fälschlich in Rechnung gebracht habe. Der Vorkaufers habe freilich durch energielichen Protest die Sache noch rechtzeitig richtig stellen können; ihm selbst ist das leider durch das eingetretene Konturverfahren unmöglich gemacht worden.

Der Gerichtsvorsteher fand eine Hinzuabgänger des Prozesses durch die angebotene umständliche Beweishebung unnötig. Aus den Akten der Staatsanwaltschaft sei für das Gericht hinreichend klar zu ersehen, daß ein Betrag im strafrechtlichen Sinne nicht erweislich sei. Zudem sei das Schreiben an den Oberbürger...

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

März 25.	Knorr Grünkernsuppe
„ 26.	„ Reisuppe
„ 27.	Knorr Eierriebelesuppe
„ 28.	„ Königinnsuppe
„ 29.	Knorr Erbsensuppe
„ 30.	„ Weibertrennsuppe

Jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller **selne Suppe** **nur mit Knorr Suppenwürfel.**

Nach dem Urteil der Kenner sind **Knorr Suppen** die besten.

